

# Inhalt

<b>Inhalt/Integrieren statt ignorieren</b>	<b>2</b>	
<b>Köln – Wahlkampf mit dem Bötchen?</b>	<b>3</b>	
<i>Anhörung im Hauptausschuss: Zuschnitt der Wahlkreise in der Debatte</i>		
<b>„Ärzte- und Patientenschutz muss Vorrang haben“</b>	<b>4</b>	
<b>Neue Abgabe für Wasser schlägt hohe Wellen</b>	<b>5</b>	
<i>NRW-Wirtschaft trägt im Haushaltsausschuss Kostenfolgen vor</i>		
<b>Bahnvorstand im Verkehrsausschuss</b>	<b>6</b>	
<i>Kein Geld mehr für schönere Bahnhöfe in NRW</i>	6	
<b>Kommunalverbände zu Gemeindefinanzen 2004/2005</b>	<b>7</b>	
<b>Gewerkschaften für mehr Steuerprüfer, damit die Einnahmen steigen</b>	<b>8</b>	
<i>Polizei bekämpft Handel mit Ausländerinnen</i>	8	
<b>„Tausende Arbeitsplätze in der Fleischwirtschaft gefährdet“</b>	<b>9</b>	
<b>Wort und Widerwort</b>	<b>10</b>	
<i>Integration oder kulturelle Identität – was hat Vorrang in der Schule?</i>		
<b>„Gesetze gegen Fundamentalismus reichen aus“</b>	<b>11</b>	
<i>Plenares Nachspiel der Vorgänge um die König Fahad Akademie</i>		
<b>„Islam ist nicht gleichbedeutend mit Fundamentalismus“</b>	<b>12/13</b>	
<i>Interviews mit den migrationspolitischen Sprechern der Fraktionen</i>		
<b>Antrag macht weitere Entwicklung deutlich</b>	<b>14</b>	
<i>Opposition kritisiert: NRW will bloß Gesamtschule vor Vergleich schützen</i>		
<b>Kultur – keine Sache des Landes?</b>	<b>15</b>	
<b>Ostwestfalen-Lippe macht Ernst mit dem Bürokratieabbau</b>	<b>16</b>	
<b>Auf dem Weg nach Europa</b>	<b>17</b>	
<i>Die Landesbank wird zur Förderbank umstrukturiert</i>		
<i>Beamte: Weihnachtsgeld gekürzt und Urlaubsgeld gestrichen</i>	17	
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>18</b>	
<b>Zweiter Bildungsweg in Gefahr?</b>	<b>19</b>	
<i>9. Weiterbildungskonferenz des Schulausschusses</i>		
<b>Die junge Seite des Landtags „freshnrw.de“</b>	<b>20</b>	
<i>Ein neues Internetportal erklärt Jugendlichen die Politik</i>		
<b>Masterplan für Wandel in NRW</b>	<b>21</b>	
<i>Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion</i>		
<i>FCL – Ein Tor für jedes Lebensjahr</i>	21	
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>22</b>	
<b>Porträt der Woche: Heinz Sahnen (CDU)</b>	<b>23</b>	
<i>Altenpflege: Ermutigung für pflegende Angehörige</i>	23	
<i>Impressum</i>	23	
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>24</b>	

# Integrieren statt ignorieren

**N**ordrhein-Westfalen hat bei der Integration eine Vorreiterrolle übernommen. Der Ausschuss für Migrationsangelegenheiten ist der einzige Ausschuss eines Landesparlaments, der sich mit allen Fragen der sozialen, kulturellen und politischen Integration aller Zuwanderungsgruppen in NRW beschäftigt. Sein Ziel ist die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und der deutschen Spätaussiedler. Damit leistet NRW einen wichtigen Beitrag zur Integrationspolitik.

Doch das Bild der Migranten vor Ort ist oft geprägt durch negative Mediens Schlagzeilen. Da wird über die Zunahme des fundamentalistischen Islamismus berichtet, über Terroranschläge, schlechte Bildung, hohe Arbeitslosigkeit und Ghetto-Zusammenleben.

Das hat Gründe: So leben in einigen Städten in NRW zum Beispiel Türkischstämmige in einem ganz bestimmten Stadtteil eng aufeinander. Damals sind sie dort hin gezogen, um mit Landsleuten zusammen zu leben, die ihnen ein Stück Heimat vermittelten. Man sprach dieselbe Sprache und ging in dieselben Läden einkaufen. Das ist verständlich. Nicht anders haben es die deutschen Rentner gemacht, die nach Spanien gezogen sind.

## GLEICHBERECHTIGT

Die jetzige Generation der Migranten hat gute Chancen, gleichberechtigt in unserer Gesellschaft leben zu können. Arbeit spielt dabei eine zentrale Rolle. Positiv: Viele Menschen mit Migrationshintergrund gründen ihr eigenes Unternehmen. Haben sie erst einmal die Hürde der Bankkredite geschafft, sind sie erfolgreich und bieten Arbeitsplätze auch für Deutsche. Negativ: Etliche fallen durch das gesellschaftliche Netz: ohne Schulabschluss, schlechte Sprachkenntnisse, keine Ausbildung.

Deshalb muss Integration jeden Einzelnen in der Gesellschaft betreffen. Man kann nicht gleichzeitig über Integrationswilligkeit von Migranten reden, ohne zugleich die Integrationsfähigkeit von Gesellschaft einzufordern. Gleichberechtigte Teilhabe bedeutet Chancengleichheit.

Alle fordern Integration. Doch wer Integration als bloße Anpassung begreift, die nur die anderen leisten müssen, führt die Diskussion in die Sackgasse. Wir werden uns über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln des Zusammenlebens verständigen müssen. Integrieren statt ignorieren heißt mehr als bloße Duldung und braucht einen wechselseitigen Verständigungsprozess auf gleicher Augenhöhe. Das kann der Migrationsausschuss in NRW leisten. **SH**